

Zweisprachigkeit per Gesetz

Freiburger Sprachengesetz: Wie klein darf eine Minderheit sein?

Das Freiburger Parlament hat diskutiert, ob bereits eine Zehn-Prozent-Minderheit für Zweisprachigkeit reicht.

swam;zezm;noes

Wer am Bahnhof Freiburg aus dem Zug steigt, trifft auf Perron-Tafeln mit der Aufschrift «Fribourg/Freiburg». Hier wird Französisch und Deutsch gesprochen, das ist gemeinhin bekannt. Was jedoch nicht alle wissen: Die Stadt Freiburg ist offiziell gar nicht zweisprachig, sondern nur französischsprachig.

Legende: Die Stadt Freiburg soll offiziell zweisprachig werden können. Keystone/THOMAS DELLEY

Doch das könnte sich künftig ändern. Das Freiburger Kantonsparlament hat diese Woche über ein neues Sprachengesetz debattiert. Dieses soll erstmals gesetzlich regeln, wann sich eine Gemeinde offiziell als zweisprachig erklären darf.

Das Sprachengesetz wandelt den Röstigraben in eine Röstibrücke um. Autor: Vincent Pfister Mitte-Links-Grossrat Kanton Freiburg

Für Grossrat Vincent Pfister (Mitte-Links) steht fest, dass das Gesetz verbindet: «Es wandelt den Röstigraben in eine Röstibrücke um.» Aber es gibt auch kritische Stimmen. Grossrätin Catherine Esseiva (FDP/GLP-Fraktion) warnt beispielsweise davor, die Zweisprachigkeit von oben herab zu erzwingen: Dies führe nur zu unnötigen Spannungen und Unsicherheiten.

Streit um Zehn-Prozent-Regel

Kern des neuen Gesetzes sind verschiedene Bedingungen, die eine Gemeinde für die offizielle Zweisprachigkeit erfüllen muss: Sie muss an der Sprachgrenze liegen. Die Minderheitensprache muss seit mindestens 50 Jahren im Ort verwurzelt sein. Die Minderheit muss seit 25 Jahren mindestens zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. Die Stimmbevölkerung der Gemeinde muss an der Urne zustimmen.

Zehn Prozent sind keine bedeutende Minderheit, sondern bloss eine Minderheit. Autor: Savio Michellod FDP-Grossrat Kanton Freiburg

Im Kantonsparlament löste vor allem die Zehn-Prozent-Regel Diskussionen aus. Für FDP-Grossrat Savio Michellod etwa ist diese Schwelle viel zu tief: «Zehn Prozent sind keine bedeutende Minderheit, sondern bloss eine Minderheit.» Er forderte eine Erhöhung auf 20 Prozent und betonte, dass die Gemeinden die Zweisprachigkeit auch heute schon ohne Gesetz pragmatisch leben könnten.

Legende: Aktuell würden diese zehn Freiburger Gemeinden an der Sprachgrenze die Anforderungen für die Zweisprachigkeit erfüllen. SRF

Bernhard Altermatt von der Mitte-Partei hielt dagegen: «Wenn eine Minderheit erst ab 20 Prozent bedeutend sein soll, wäre das Italienisch in der Schweiz auch nicht bedeutend.» Auch Julia Senti von der SP gab zu bedenken, dass eine Erhöhung auf 20 Prozent die Hürde so hoch ansetzen würde, dass vielen Gemeinden

der Weg zur Zweisprachigkeit faktisch versperrt bliebe: «Das Sprachengesetz verliert dann seinen Sinn.»

Der zuständige Staatsrat Didier Castella (FDP) beruhigte die Gemüter: Gemeinden mit einer Zehn-Prozent-Minderheit würden künftig nicht automatisch zweisprachig. «Der Staat will den Gemeinden nichts aufzwingen, was nicht in ihre Realität passt.» Letztlich liege die Entscheidung immer beim Stimmvolk der jeweiligen Gemeinde.

Klares Signal für Gemeindeautonomie

Das Kantonsparlament folgte dieser Argumentation: In der ersten Lesung des Gesetzes hielt es mit einer deutlichen Mehrheit von 68 zu 30 Stimmen an der Zehn-Prozent-Regel fest.

Als Nächstes steht die zweite Gesetzeslesung an, die auf Oktober verschoben wurde. Findet das Gesetz im Kantonsparlament eine endgültige Mehrheit, liegt der Ball bei den Gemeinden. Sie können dann – falls gewünscht – eine Volksabstimmung über die Einführung einer zweiten Amtssprache durchführen. Bisher hat allerdings nur die Stadt Freiburg klare Signale in diese Richtung gesendet. Andere Gemeinden reagieren vorerst zurückhaltend.

Die Geschichte des Sprachenstreits in Freiburg

1959 wurde die Deutschfreiburger Arbeitsgemeinschaft gegründet, um für mehr Rechte für die deutschsprachige Minderheit im Kanton Freiburg zu kämpfen. Als Gegenbewegung entstand 1985 die CRPF, um der «Germanisierung» von Freiburg entgegenzuwirken.

Die beiden Organisationen bekämpften sich in den folgenden Jahren teils heftig. 1990 wurden in der Kantonserfassung Deutsch und Französisch als kantonale Amtssprachen gleichgestellt und das Territorialprinzip der Sprachen verankert. Danach wurde es um den Sprachenstreit etwas ruhiger.

Als 2012 die Bahnhofsbeschriftung der Kantonshauptstadt vom französischen «Fribourg» auf «Fribourg / Freiburg» geändert wurde, flammte der Streit nur kurz wieder auf.

Ein Fusionsprojekt der Stadt Freiburg mit ihren Nachbargemeinden rief die CRPF dann wieder richtig auf den Plan. Sie befürchtete die Einführung der offiziellen Zweisprachigkeit durch die Hintertür. Das Projekt scheiterte 2021 in einer Konsultativabstimmung.

Vom Tisch ist der Sprachenstreit damit aber nicht. Schon vor einem Jahr erzürnte die Stadt Freiburg die CRPF erneut, indem sie ein neues, zweisprachiges Logo einführte. Und mit der Vernehmlassung zum neuen Sprachengesetz ist der Streit wieder aktueller denn je.